

Die Kippa gar nicht gesehen

Prozess gegen den Gürtel-Angreifer vom Helmholtzplatz hat begonnen

Von **Claudius Pröber**

Kurz bevor der Richter die Verhandlung unterbricht, um zwei weitere Termine anzuberaumen, bekommt der Fall noch einen bizarren Dreh. Die Anwältin von Adam Armush, dem Israeli, der im April von dem aus Syrien geflohenen Palästinenser Knaan Al S. mit einem Gürtel misshandelt wurde, wendet sich an die Zeugin, die die Szene am Helmholtzplatz beobachtet und durch ihr Dazwischengehen womöglich eine weitere Eskalation verhindert hat: „Gehören Sie irgendeiner jüdischen Organisation an?“ Die Hamburgerin – nach eigenen Angaben mit israelischem Hintergrund – verneint das kategorisch, in Saal 700 des Landgerichts wird getuschelt.

Hintergrund der Frage, so die Anwältin, sei die Unterstellung, es gebe eine Verschwörung gegen den Angeklagten. Geäußert habe sie der Anwalt des zweiten Angeklagten, Cousin von Al S., der in die Attacke involviert war. Am Dienstag dreht sich aber alles um Al S. selbst, einen schlanken, jungen Mann mit Kinnbärtchen. In dem vom Opfer aufgenommenen Video, das nach dem Vorfall viral ging, tritt er extrem aggressiv in Erscheinung, jetzt wirkt er schüchtern und bittet sein Opfer um Entschuldigung.

Drei Schläge sollen es gewesen sein, die Armush traf – aber er habe die Gürtelschnalle in der Hand gehalten, so Al S. Das ist wichtig, die Anklage lautet auf gefährliche Körperverletzung. Am Ende der Vernehmung sieht man sich das Video ertliche Male gemeinsam an. Gut zu erkennen ist es nicht, aber Richter Günter Räckle und die Schöffen gelangen zu der Auffassung, dass das Opfer recht hat: Die Schnalle aus Metall war es, die ihn an der Seite, am Bein und an der Lippe traf.

Verhandlung im terrorsicheren Saal

Ein Mann trägt die jüdische Kippa in Berlin und wird deshalb misshandelt – das macht den Fall so groß, der sonst wohl in ein, zwei Stunden abgehandelt würde. So aber sind Dutzende Journalisten erschienen, der Prozess wurde in den terrorsicheren großen Saal des Gerichtsgebäudes verlegt. Vertreter der Jüdischen Gemeinde sind ebenso anwesend wie der Israel-Hasser Martin Lejeune.

Dass er zugeschlagen hat, kann Al S. nicht bestreiten, das Warum ist die spannende Frage. Seine Version: Die kippatragenden Männer hätten ihn auf Arabisch beleidigt – möglicherweise, weil er selbst vorher seinen Cousin, mit dem er unterwegs war, zum Spaß laut mit Beschimpfungen überzogen habe, unter anderem: „Ich fickte deine Juden“, ihm zufolge eine arabische Redewendung. Dass der junge Mann, auf den er kurz darauf einschlug, Jude sein könnte, habe er erst später gemerkt – die Kippa sei ihm vorher gar nicht aufgefallen. Dass er dann – wie im Video zu sehen – aggressiv „Jude“ ruft, erklärt er damit, das „gelte halt als Schimpfwort“. Er habe aber nichts gegen Juden und verstehe auch nichts von Politik.

Adam Armush wiederum behauptet, er und sein Freund hätten die arabischen jungen Männer nicht einmal angesprochen. An den nächsten Verhandlungstagen – eigentlich war nur einer vorgesehen – sollen weitere Zeugenbefragungen zeigen, wer recht hat.

Bücher zu Büchern

Der ZLB-Neubau entsteht nach dem Willen des Senats an der Amerika-Gedenkbibliothek. Baubeginn soll aber erst um 2025 sein

Von **Stefan Alberti**

Das hätte man auch schon vor vier Jahren haben können: An der Amerika-Gedenkbibliothek (AGB) in Kreuzberg soll der Neubau der Zentrale- und Landesbibliothek, (ZLB) entstehen. Das hat der rot-rot-grüne Senat am Dienstag beschlossen – über vier Jahre nachdem ein Volksentscheid mit der Randbebauung des Tempelhofer Felds auch einen dortigen ZLB-Neubau kippte. Der Kreuzberger Standort war schon damals laut einer Studie im Auftrag des Senats der nächstbeste. Baubeginn – nicht etwa Eröffnung – soll laut Kultursenator Klaus Lederer (Linkspartei) um „Mitte der 2020er Jahre“ sein. Kosten soll das Ganze 360 Millionen Euro, gut ein Drittel mehr als die bereits als teuer eingetragene Planung für das Tempelhofer Feld.

Rund sieben Jahre also allein bis zum ersten Spatenstich? Die taz-Schülerpraktikantin aus der 9. Klasse, die bei der Pressekonferenz nach der Senatssitzung Lederers Ankündigung mit verfolgt, hätte dann nicht nur schon das Abitur in der Tasche, sondern bei normalem Verlauf auch den ersten Uni-Abschluss. Lederer räumt ein, er sei auch überrascht gewesen: „Ich habe mich selbst belehren lassen müssen, dass so ein komplexes Projekt mit einem Architektenwettbewerb seine Zeit braucht.“ Dem Baubeginn voran gehen ein Beteiligungsverfahren, Vor- und Bauplanung.

Für die oppositionelle CDU-Fraktion und ihren kulturpolitischen Sprecher Robbin Juhnke war das eine Steilvorlage jenseits der WM-Fußballplätze: „Wir haben leider viel kostbare Zeit verloren.“ Die Christdemokraten hatten sich bereits 2015 – wie zuvor schon Volker Heller, der Chef der ZLB-Stiftung – für einen Neubau an der AGB ausgesprochen. Deren Gebäude soll laut Lederer erhalten bleiben und Teil des Gesamtprojekts sein, mit einem weiteren

„Die Zeit der reinen Buchausleihstation ist vorbei“

Klaus Lederer, Kultursenator

Gebäude oder zweien. Als mögliche Baufläche nannte der Kultursenator die gesamte angrenzende Grünfläche.

Innerhalb der Koalitionsfraktionen scheint die Entscheidung dabei noch nicht ganz ausgegoren. Während sie sich sonst in gemeinsamen Pressemitteilungen äußerten, taten sich hier nur die Fraktionen von Linkspartei und Grünen zusammen. Grünen-Fraktionschefin Antje Kapek sah dabei einen „großen Schritt für Berlin“.

Ob das Fehlen der SPD bei der Presseerklärung daran lag, dass ihr Fraktionschef Raed Saleh vor Jahren einen ganz anderen Standort favorisierte, blieb

offen. Saleh hatte 2014 nach dem Scheitern der Tempelhofer-Feld-Pläne vorgeschlagen, die ZLB nicht in einem teuren Neubau unterzubringen, sondern in das in absehbarer Zukunft leere Ethnologische Museum in Dahlem zu verlagern, Luftlinie 12 Kilometer vom Roten Rathaus entfernt.

In der jetzigen Entscheidung war dann aber nicht Dahlem letzter Konkurrent des Kreuzberger Bücherplatzes, sondern das Marx-Engels-Forum. Dort jedoch hätte ein Bibliotheksneubau, so Lederer, fast die gesamte Fläche eingenommen und kaum Grünfläche gelassen, weil man wegen des schwierigen Baugrunds kaum hätte in den Boden hineinbauen können. Von den Kosten her unterschieden sich die beiden Varianten laut Lederer nicht.

Der Neubau soll die bisherigen beiden ZLB-Standorte – die Amerika-Gedenkbibliothek und die Stadtbibliothek in der Breite Straße in Mitte – und ihr Magazin am Westhafen zusammenführen. Kultursenator Lederer sprach von „einer der drängendsten Investitionen in der Stadt“. Die ZLB-Leitung klagt seit Langem über Platzmangel, in der Amerika-Gedenkbibliothek sind oft alle Plätze belegt. Der Neubau soll auch Begegnungs- und Diskussionsort sein – „die Zeit der reinen Buchausleihstation ist vorbei“, sagte Lederer, „Bibliotheken sind da, wo es gut gelingt, quasi Wohnzimmer der Stadtgesellschaft.“

Hier soll für 360 Millionen Euro erweitert und dazugebaut werden: die AGB in Kreuzberg
Foto: Sebastian Wills



Begleitung verbessert die Gesprächsbereitschaft

Fälle von Diskriminierung an Schulen müssen besser dokumentiert werden, fordert die Anlaufstelle Diskriminierungsschutz. Rot-Rot-Grün müsse die im Koalitionsvertrag versprochene unabhängige Beschwerdestelle endlich auf den Weg bringen

Von **Anna Klöpfer**

Jedes Mal, wenn wieder ein Fall von Mobbing und Diskriminierung an einer Schule bekannt wird, werden zwei Fragen besonders ratlos diskutiert: Warum greifen die vielen Hilfsangebote, die es für Berlins Schulen bereits gibt, nicht so, wie sie sollen? Und wie groß ist das Problem wirklich?

Aufbeides vermochte die unabhängige Anlaufstelle Diskriminierungsschutz an Schulen, kurz Adas, am Dienstag zwar auch keine endgültige Antwort zu geben. Aber zumindest konnte man bei der Vorstellung einer ersten Zwischenbilanz des Modellprojekts nach zwei Jahren sagen: Um herauszufinden, wie groß das Diskriminierungsproblem an Berlins Schulen ist, bräuchte es zum einen ein deutlich verbessertes Monitoringverfahren. Bis-

her sammle da jeder quasi in seiner eigenen Community, sagt Projektleiterin Aliyeh Yegane: Die Adas etwa wird häufig von türkisch-arabischen SchülerInnen oder deren Eltern kontaktiert. Eine bessere Datenlage sei aber nötig, um die Hilfsangebote zu verbessern.

In Neukölln habe die Vernetzung von Akteuren schon ganz gut funktioniert, sagt Yegane. Dort gibt es seit zwei Jahren ein Clearingverfahren: Die Schulaufsicht traf sich regelmäßig zum Austausch mit Initiativen und VertreterInnen der Schulen. Künftig seien ähnliche Runden in Charlottenburg-Wilmersdorf und Friedrichshain-Kreuzberg geplant.

Allerdings blieb es in Neukölln beim Austausch – tatsächlich „geklärt“ wurde kein einziger Fall. Weil sich keiner gemeldet habe, sagt Yegane. Offenbar fühlten sich insbesondere SchülerInnen von

den behördlichen Strukturen eher eingeschüchtert, erklärt Berfin Karakurt, die als Schülervertreterin einer Neuköllner Schule mit in der Runde saß. Adas-Beraterin Sandra Abed ergänzte, dass auch Lehrkräfte oft Angst hätten, es könnte negativ auf sie zurückfallen, wenn sie Vorfälle innerhalb der Behördenstrukturen ansprechen. „Sie denken: Dann weiß es auch die Schulleitung, und am Ende bekomme ich Probleme.“

Vor allem anonyme Meldung

Neben einem besseren Monitoring ist das die zweite Forderung, die Adas an die rot-rot-grüne Landespolitik richtet. Es brauche in Berlin dringend – wie auch bereits im Koalitionsvertrag angekündigt – eine unabhängige Beschwerdestelle.

Die Adas füllt da offenbar schon eine Lücke: 165 Fälle von Diskriminierung

wurden seit Juni 2016 vor allem anonym über ein Formular auf der Website gemeldet. Bei 84 Prozent waren SchülerInnen die Betroffenen. In über zwei Dritteln dieser Fälle ging es um rassistische Diskriminierung aufgrund von Hautfarbe, ethnischer Herkunft oder Religion. Ebenso oft ging die empfundene Diskriminierung vom Schulpersonal aus.

Konkrete Beratungsfälle vermeldete die Adas, die noch bis 2020 von der Lotto-Stiftung finanziert wird, bisher 84. Dann begleitete man zum Beispiel die Eltern zum Elternabend, wenn die das Gefühl hatten, ihr Kind bekomme aufgrund seiner türkisch-arabischen Herkunft schlechtere Noten. Meistens wirke das bereits Wunder, sagt Beraterin Abed: „Die Lehrkräfte sind den Eltern gegenüber plötzlich deutlich gesprächsbereiter.“

Volksbegehren

Fast 50.000 für gute Kliniken

Die Initiative für gesunde Krankenhäuser hat am Dienstag 47.500 Unterschriften für ein Volksbegehren bei der Senatsinnenverwaltung eingereicht. Das sind mehr als doppelt so viele wie benötigt. Das Bündnis, das auch von der Gewerkschaft Verdi mitgetragen wird, fordert unter anderem verbindliche Personalschlüssel in der Pflege. Bisher seien solche Vorgaben nur in wenigen Ausnahmen geregelt, etwa auf der Intensivstation für Frühchen, sagte Sprecher Kalle Kunkel. Die Initiative fordert auch mehr Geld für Kliniken. Dafür hat sie einen Gesetzentwurf geschrieben. Mit der Abgabe der Unterschriften kündigte die Gruppe einen ersten Schritt hin zu einem Volksbegehren an – vorausgesetzt, genug Unterschriften sind gültig. Um ein Volksbegehren einzuleiten, braucht es mindestens 20.000 gültige Unterschriften von Berliner Wahlberechtigten. (dpa)

Zu niedrige Renten

Kritik von Terroropfern

Angehörige von Opfern des Terroranschlags auf dem Berliner Weihnachtsmarkt im Dezember 2016 haben sich über zu geringe Entschädigungs-Renten beschwert. Astrid Passin, die im Namen mehrerer Opfer spricht, sagte dem RBB: „Viele empfinden das, was die Bundesregierung uns nun anbietet, als lächerlich und peinlich.“ Passin, die seit dem Tod ihres Vaters bei dem Anschlag an einer „psychoreaktiven Störung“ leide, wurde nach dem Bericht vom Dienstag eine monatliche Rente in Höhe von 140 Euro bewilligt. Neben den jetzt bewilligten Rentenzahlungen hatten die meisten Opfer schon einmalige Geldbeträge erhalten. Bis zum vergangenen Winter waren mehr als 1,6 Millionen Euro ausbezahlt worden. (dpa)

Berlinale-Leitung

Nachfolger wird am Freitag verkündet

Am Freitag soll die Nachfolge von Berlinale-Direktor Dieter Kosslick vorgestellt werden. Namen wurden in der Ankündigung dazu nicht genannt, bislang haben alle Beteiligten Stillschweigen bewahrt. Kosslick (70) ist seit 2001 Chef der Internationalen Filmfestspiele Berlin. Sein Vertrag läuft bis Mai 2019. Für die Nachfolge wurde vom zuständigen Aufsichtsrat der Kulturveranstaltungen des Bundes in Berlin (KBB) eine Findungskommission eingerichtet. Die Kommission werde nun einen Vorschlag für die künftige Leitung der Berlinale unterbreiten, heißt es in der Mitteilung der KBB vom Dienstag. Die Personalie wird mit Spannung erwartet. Die Berlinale ist eines der wichtigsten Filmfestivals weltweit. (dpa)